

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden  
Loben & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werktätige Volk**

Redaktionsamt: E. G. Statthalter, Dresden.  
Bank der Arbeiter, Einzelkassa  
und Beamten, E. G. Statthalter,  
Gerechter Kirchhof, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt des Blattes ist Eigentum der Redaktion. Niemand darf es ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion abdrucken oder in irgendeiner Weise nachahmen.

Abbestellung: Bestellschein Nr. 2531. Ered-  
künde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Bestellschein: Bestellschein Nr. 2531 und 1277.  
Verkaufspreis: 10 Pf. pro Stück.

Abbestellung: Bestellschein Nr. 2531. Ered-  
künde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Bestellschein: Bestellschein Nr. 2531 und 1277.  
Verkaufspreis: 10 Pf. pro Stück.

Abbestellung: Bestellschein Nr. 2531. Ered-  
künde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Bestellschein: Bestellschein Nr. 2531 und 1277.  
Verkaufspreis: 10 Pf. pro Stück.

Nr. 281

Dresden, Montag den 3. Dezember 1928

39. Jahrg.

## Annahme der Vermittlungsaktion

### Zustimmung der Gewerkschaften — Severings Abreise nach dem Ruhrrevier

Berlin, 3. Dezember. (Eig. Funkpr.)

Am Sonntag trat in Essen der erweiterte Beirat des Reichlichen Metallarbeiterverbandes zu einer internen Beratung über die von der Reichsregierung vorgeschlagene Vermittlungsaktion zusammen. Die Debatte gestaltete sich äußerst bewegt. Erst nach einer nahe sechsstündigen Beratung fiel die Entscheidung. In der mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung verweist der Beirat nochmals auf die Rechtslage und erklärt, dass er sich „außerstande fühle, die Vermittlungsaktion abzulehnen“. Die Entschließung wurde am Sonntag von der Reichskonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes nach einer 1 1/2stündigen Debatte mit 11 Stimmen angenommen. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Die Auslieferung ist von den Unternehmern unter Verletzung des geltenden Rechts vorgenommen worden, ist ein Kampf gegen die Schlichtungsordnung und die Anwendung durch die Regierung, ist ein Kampf gegen das Recht des Staates auf Beeinflussung der Wirtschaft. Demnach ergibt sich für die Reichsregierung die Pflicht, dem Recht und dem Gesetz auch gegen die Unternehmung Geltung zu verschaffen, im Interesse der künftigen Entwicklung des ganzen Rechtslebens.“

Recht nur um die im Schiedspruch ausgesprochene Unterbrechung hat der Deutsche Metallarbeiterverband den gegenwärtigen Kampf geführt, sondern um die Erhaltung des öffentlichen Rechts. Um so mehr müsste er bei dieser Debatte von der Reichsregierung unterstützt werden. Die von der Reichsregierung mit unternommene Verhandlungsaktion kann als eine Unterbrechung dieses Kampfes und als nicht anerkannt werden, für die sich notwendigerweise nachteilige Folgen für das gesamte Rechtsleben lehren der Deutsche Metallarbeiterverband die Verantwortung ab. Bei der Deutschen Metallarbeiterverband dem in Aussicht genommenen Vermittler, Reichsminister Severing, mit welchem Vertrauen gegenübersteht, sieht er sich außerstande, die Vermittlungsaktion abzulehnen. In dieser Zwangslage wird aber der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der materielle Inhalt des für verbindlich erklärten Schiedspruches erhalten bleibt.“

In der Sitzung der Reichskonferenz erstattete der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Brandes, den Vorschlag:

Diese Entscheidung, vor der wir jetzt stehen, ist leider durch einen Unstimmigkeit hervorgerufen worden, an dem auch die sozialdemokratischen Mitglieder beteiligt sind, ohne sich vorher mit uns oder mit anderen gewerkschaftlichen Instanzen in Beratung gesetzt zu haben. Dieser bedauerliche Vorgang hat ernste Konsequenzen nach sich ziehen. Die Stellungnahme des Verbandes hat außerordentliche Bedeutung sowohl in politischer als auch in gewerkschaftlicher Hinsicht der Arbeiterbewegung. Als Gründe für diese Entscheidung wurden uns vorgebracht:

- 1. Es wäre gegenwärtig zwei entgegengelegte Arbeitsgerichte in Erscheinung, und es ist zweifelhaft, wie die Entscheidung der letzten Instanz ausfallen würde. Daher sei ein Arbeitsgericht notwendig.
- 2. Die Unterbrechung der Arbeit, die vom Reichstag beschlossen wurde, ist nach Ansicht von Mitgliedern der Regierung und der Parteien im Reichstag hinausgegangen über den Bereich des Reichstags. Das ist allerdings nicht die Ansicht unserer Genossen in der Regierung. Es steht aber nicht zu unserer Genossen, wenn es darüber zur Entscheidung kommen würde, die Mehrheit der Regierung und des Reichstags hinter sich haben würden.
- 3. Haben die Unternehmer erklärt, daß sie bei einer unangenehm reichsarbeitsergerichtlichen Entscheidung die Betriebe geschlossen halten würden. Die Frage, ob der Reichstag und die Regierung zu Zwangsmaßnahmen greifen könnten, ist insofern nicht zu beantworten, weil es keinesfalls zweifelhaft ist, ob die Regierung und der Reichstag eine Mehrheit für solche Zwangsmaßnahmen aufweise. Dazu können noch die anderen außerordentlichen Natur im Hinblick auf die Reparationsverpflichtungen.

Dieser Kollege Severing hat sich nicht als Schiedsrichter angeboten. Er hat erklärt, daß er bei der Schwere der Verantwortung eines derartigen Amtes bewußt sei, aber er würde sich die Zustimmung holen, wenn er wegen der Schwere dieser Verantwortung dieses Schiedsrichtersamt ablehnen würde. Die Bedingungen für einen Schiedspruch würden sein:

Zufolge Niedereröffnung der Betriebe, keine Arbeitsregelungen, das Arbeitsverhältnis nicht als unterbrochen angesehen werden, die Betriebe auf ihrem Platz bleiben. Die Arbeiter würden dann ins Arbeitsgebiet fahren und sich erst genau informieren, bevor er seinen Schiedspruch fällt. Das Ganze unter

Umständen bis zur Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts dauern. Allerdings hätten die Unternehmer noch keine Revision angemeldet.

Die Frage, vor der wir stehen, ist also: Sollen wir Severing ermächtigen, ohne Bedingungen von der einen oder der anderen Seite anzunehmen, das Amt als Schiedsrichter auszuüben? Immerhin kann man erwarten, daß die Entscheidung, die Arbeitszeit und Lohn umfassen wird, von den Arbeitern und den Gewerkschaften getragen werden kann. Wir haben erklärt, daß wir nicht über den Kopf des Hauptvorstandes und der Beteiligten selbst entscheiden können und haben hinzugefügt, daß wir uns eine Vermittlungsaktion der Regierung ganz anders vorgestellt haben. Die Christlichen und die Dirsch-Duncker-Sen haben dem Vorschlag zugestimmt und uns ersucht, gleichfalls zuzustimmen. Sie haben gleichzeitig erklärt, daß sie bis zum Ende mit uns solidarisch bleiben wollen, auch über den eventuellen Schiedspruch hinaus. Woher haben wir in diesem Kampfe eine gute Presse gehabt bis weit in die Unternehmerkreise hinein, wie wir es noch nie in einem Kampfe gesehen haben. Die Öffentlichkeit war für uns und gegen die Unternehmer. Diese Öffentlichkeit brauchen wir in diesem Kampfe. Wenn wir abziehen und in der Regierung keine Mehrheit für die Fortsetzung der Zahlung der Unterstützung ist, wenn diese Regierung zusammenbricht, mehr als zu erwarten wäre — aber dann keine Unterstützung mehr an die Unorganisierten geschickt wird, dann kann kein Mensch voraussehen, was dann geschehen wird. Für die Unternehmer handelt es sich ja nicht um einen Kampf um den Lohn, sondern um einen

**Kampf gegen das Schlichtungsweien,** das notwendig ist, aberall, wo die Organisation schwach ist. Severing hat erklärt, wenn nur ein Teil — also in diesem Falle wir — abziehen, würde er auf seinen Posten ein Schiedsrichtersamt annehmen.

Wir müssen uns aber auch sagen, daß eine Forderung des Schiedspruches die Entledigung des Schlichtungsweiens bedeutet (allgemeine Zustimmung). Denn man kann doch nicht von den

Arbeitern verlangen, sich einer Verbindlichkeits-erklärung zu beugen, wenn sie mit einem Schiedspruch nicht einverstanden sind. Rechnen wir ab, dann müssen wir erwarten, daß die Unorganisierten, wenn die Betriebe geöffnet werden, hineingehen. Sagen wir aber zu den Organisierten: Geht alle hinein, dann wird ein Teil der Front, die sogenannte revolutionäre, gegen uns Front machen. Auf jeden Fall würde die Arbeiterfront zerbrochen sein. Die Unternehmer haben, das können wir feststellen, wenn siehntel ihrer Forderungen preisgegeben müssen, denn sie haben gesagt, daß sie die Betriebe nur öffnen werden, unter der Bedingung, daß Schluß gemacht wird mit der Einmischung des Staates. Die Staatsautorität, die wir auch verteidigt haben, ist allerdings zu einem Teil preisgegeben worden, aber es ist nicht unsere Sache in erster Linie, sondern Sache der Regierung, diese Staatsautorität zu wahren. Wir müssen, wenn es in unserer Macht ist, alles tun, damit die Bewegung so geschlossen abgebrochen wird, wie sie geführt worden ist. Die Unternehmer glauben, die Arbeiter auf die Knie zu zwingen. Schluß mit den Lohnbewegungen haben sie erklärt, Schluß mit der Einmischung des Staates, Schluß mit dem Schlichtungsweien. Die Unternehmer haben ihr Ziel nicht erreicht. Deshalb, wenn wir auch nicht einen 100prozentigen Erfolg haben, wollen wir der Mission Severings zustimmen.

Die Debatte dauerte zweieinhalb Stunden und war überaus sachlich. Ein großer Teil der Redner war gegen die Vermittlungsaktion. Der kommunistische Redner erklärte, man solle auf die öffentliche Meinung pfeifen.

In seinem Schlusswort erklärte Brandes: Dieser Kampf hat beiden Seiten die Augen geöffnet. Die Unternehmer begreifen, daß sie nicht mehr diktieren können. Die Arbeiter haben gesehen, daß, wenn sie geschlossen und einig sind, auch an der Ruhr eine Bewegung gemacht werden kann. Es liegt an den Arbeitern — das werden sie auch daraus gelernt haben — sich die nötigen Kräfte zu verschaffen, eine starke Gewerkschaftsorganisation, zu schaffen. Aus den Erfahrungen dieses Kampfes muß nicht nur der Schluß gezogen werden, daß ein Schiedspruch vorwärts auf dem Wege der Arbeitsdemokratie gegangen werden muß, sondern, auch der, daß die

## Räumt das Rheinland!

### Die Sozialdemokratie erhebt ihre Stimme

R. Köln, 1. Dezember. (Eig. Drahtb.)

Die Sozialdemokratische Partei in der oberen Rheinprovinz hat anlässlich der zehnjährigen Befreiungsbauer im Rheinland folgenden Aufruf an die Öffentlichkeit gerichtet:

„Vor zehn Jahren, zu Beginn des Dezembers 1918, besetzten die Truppen der gegen Deutschland Verbündeten die Länder am Rhein. Die Soldaten der Sieger brachten den Bewohnern des besetzten Gebietes nicht die so oft verkündete westeuropäische Freiheit, sondern die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von der deutschen Mutterland. Sie brachten ihnen Militärgehele, Einquartierungslast und verstärkten wirtschaftlichen Druck. Das Rheinland wurde

**Spielball außerpolitischer Machtwillens,**

der in dem nie vergessenen Ruhrkampf mit den darauf folgenden Separationswirren den Gipfelpunkt erreichte. In diesen zehn Jahren hat die Befreiung Europas große Fortschritte gemacht. Deutschland ist Mitglied des Völkerbundes, es hat Frankreich durch das Locarno-Abkommen alle von ihm verlangten Garantien gegeben und den Kellogg-Pakt unterzeichnet.

Aber noch immer stehen Zehntausende von französischen, englischen und belgischen Soldaten am Rhein.

Noch hat für die Bewohner der Rheinlande die Stunde der Befreiung nicht geschlagen. Sie empfinden nachdrücklicher als alle übrigen Deutschen die fernere Aufrechterhaltung der Besatzung als einen Lohn auf alle Friedensvereinbarungen und Friedensworte, als eine noch immer offene Wunde am Körper der Verständigungs Idee.

**Räumt das Rheinland! Nehmt eure Truppen zurück!**

Niemand ist mehr zu diesem Ruf berechtigt als die deutsche Sozialdemokratie, in deren Namen die rheinische Sozialdemokratie spricht. Sie hat zuerst dem Versöhnungsdenken in Deutschland eine Gasse gebahnt. Sie wies sich eines Sinnes mit den Sozialisten aller Länder, die auf zahlreichen Kongressen seit langem die Befreiung des Rheinlandes von fremder Besatzung gefordert haben. Sie ruft heute den Befehlsmächtigsten zu: **Räumt das internationale Verständigungsweien durch die Räumung!**

Sie würde wie ein Signal wirken und die Nationalisten und Kriegsfreunde aller Länder ins Derg treffen. Sie ist

zugleich die beste Sicherheit, die sie nur als innerlich verbündetes Land andern Ländern zu geben imstande ist. Macht ein Ende mit dem militärischen Druck! Diesen Ruf erhebt die Sozialdemokratie im Namen aller friedenswilligen und friedenssehnsüchtigen deutschen Arbeitenden.

## Rote Gemeinderatswahlen

### Sozialistische Erfolge in Thüringen

M. Weimar, 3. Dezember. (Eig. Funkpr.) Bei den Gemeinderatswahlen in Weimar standen wieder 13 Listen zur Wahl. Die Sozialdemokraten haben gegenüber der Wahl von 1925 206 Stimmen und wahrheitsgemäß ein Mandat gewonnen (bisher 7, in Zukunft 8). Die Kommunisten und die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten sind gleich stark geblieben. Die Nationalsozialisten haben ihre Stimmenzahl von 1925 verdreifacht.

In Apolda gelang es der Sozialdemokratischen Partei, zwei Mandate zu gewinnen, die den bürgerlichen abgenommen wurden. Der Beifall der Kommunisten wurde gehalten. Die bisher sozialistisch verwaltete Gemeinde Hermsdorf ist rot geblieben. Ruhlitz ist kommunistisch geblieben. Die Bergarbeiterstadt Meuselwitz, in der bisher die Sozialdemokratie eine sehr starke Mehrheit darstellte, ist in Zukunft sozialdemokratisch. Sie hat eine sozialdemokratische Mehrheit.

Nicht nachprüfbar war eine heute früh hier eingegangene Nachricht, daß die Kommunisten in Gotha, das sie seit nahezu zehn Jahren beherrschten, eine vernichtende Niederlage erlitten haben. Nach der hier eingegangenen Meldung haben die Sozialdemokraten in Gotha ihren Beifall von drei auf elf Mandate erhöhen können, während die Kommunisten acht Mandatsverluste haben, demnach von elf auf drei zurückgegangen wären.

H. Jena, 3. Dezember. (Eig. Funkpr.) Die Wahlen in Thüringen umfassen die Kreis-, Stadt- und Gemeinderatswahlen. Gegenüber den Gemeinderatswahlen von 1925 sind in Jena folgende Stimmen abgegangen worden: Sozialdemokraten 8184 (1925: 6872), Kommunisten 3637 (4370), Bürgerliche 9860 (10 280), Nationalsozialisten 791 (0), Demokraten 3174 (3169). Die Sozialdemokraten haben also in Jena 1312 Stimmen gewonnen — auf Kosten der Bürgerlichen und der Kommunisten.